4. Jahrgang. Nr. [illegible] — Kattowitz, [illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale

Bezugspreis: Einzel-Nr. 2,— M. Durch Austräger 9,— M. pro Woche, 36,— M. pro Monat. Durch die Post 30,— M. vierteljährl. u. Nachnahme. Verlag u. G. — M. Scheckkonto: [illegible] Grundw. Wirtschaftsgenossenschaft f. G. m. b. H., Kattowitz, [illegible]. Postscheckkonto Nr. 51050. — Fernsprech-Anschluß: Amt Nr. 5067.

Freitag, 11. August 1922

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 5,— M., auswärts 6,— M. Familien- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 1,75 M. — Reklamen: Die Millimeterzeile, 8-gespalten, oder deren Raum im Text 15,— M.

Das Volk in Not – die Börse jubelt!

Die Koalitionspolitik mit der Einheitsfront von Crispien-Wels bis Stinnes-Wirth preßt das Volk nun in die Schraube der Poincaré'schen Kontrolle des deutschen Wirtschaftslebens. Neben den deutschen Stinnes treten nach dem Kontrollplan als unmittelbar Beteiligte bei der Ausbeutung des deutschen Proletariats die Ententekapitalisten. Die Werktätigen verspüren die Folgen bereits in den lawinenartigen Preissteigerungen. Ein großer Teil der Arbeiter wird bald auf der untersten Grenze der berüchtigten Kriegskost angelangt sein, und nur noch Lumpen auf dem Leibe haben.

Aber die Börse ist hoffnungsfroher Stimmung. Sie beantwortet den Vorstoß Poincarés mit einer stürmischen Kurssteigerung bei den inländischen Industriewerten. Die Kurse der Auslandswerte, die sich bisher aufwärts bewegten, schwächen nun ab. Deutsche Montanaktien verzeichnen **Kurssprünge bis zu 1000 Prozent.** Bezeichnender Weise standen an der Spitze der Aufwärtsbewegung die großen Rheinisch-westfälischen Industrieunternehmen. Es gewannen z. B. allein am 8. August: Bochumer Verein 160, Essener Steinkohlenwerke 170, Gelsenkirchener 168, Köln-Neu-Essen 245, Harpener 125, (am Tage vorher 400) Hörsch 400, Phönix 460, Rheinstahl 800%. An der Nachbörse hielt die Steigerung noch weiter an.

Ein merkwürdiger Vorgang. Poincaré droht mit der Beschlagnahme und die Kurse springen in die Höhe. Die Stinnes und Genossen rechnen also augenscheinlich mit einer gesicherten und gesteigerten Ueberschußwirtschaft als Folge des Eingriffs der Entente. Die Gewinne können aber nur steigen, wenn das Proletariat schärfer ausgebeutet wird. Das Mittel dazu sehen wir bereits in Wirksamkeit. Es ist die Senkung der Kaufkraft des Lohnes, und zwar durch eine Preissteigerung, der die Arbeiter mit Lohnforderungen nicht folgen können. **Es ergibt sich daraus, daß die Arbeiter nicht allein höhere Löhne fordern müssen, sondern daß auch politische Maßnahmen notwendig sind, um ihre Existenz zu sichern.**

Wir haben wiederholt schon darauf hingewiesen, was zu tun ist. Bisher haben jedoch die Arbeiter noch nicht den notwendigen Druck ausgeübt, der die Arbeitsgemeinschafter und Koalitionspolitiker im ADGB., der SPD. und USPD. zwingt, den Kampf aufzunehmen. Eine Kontrolle der deutschen Wirtschaft ist notwendig. **Aber nicht Stinnes im Verein mit dem Ententekapital** soll unbeschränkt über die Wirtschaft herrschen. **Die Arbeiterschaft muß die Kontrolle der Produktion, der Verteilung der Güter übernehmen.**

Was aber tun die Spitzenorganisationen? Die Gewerkschaftsbürokraten opfern ihre meiste Energie im Kampf gegen **die Einigung des Proletariats.** Was noch an gemeinschaftlichen Organisationen vorhanden ist, wird zerschlagen. In der SPD.- und USPD.-Presse versucht man die Aufmerksamkeit von den brennenden Fragen der Gegenwart abzulenken und die Arbeiter über die Ursachen der Erscheinungen irrezuführen, indem man, ähnlich wie die bürgerlichen Blätter, über die Konferenz in London berichtet, über ausländische Plünderer lamentiert, und vor allem, indem man über die Kommunisten schimpfend und verleumdend herfällt. Anstatt sich um die Rettung des deutschen Proletariats aus der drohenden Versklavung zu bemühen, inszeniert man eine demagogische Pressehetze gegen Sowjetrußland, für die konterrevolutionären Mörder und Attentäter. Mittlerweile geht die Verelendung der deutschen werktätigen Massen unaufhaltsam weiter. Von Tag zu Tag springen die Preise wichtiger Lebensmittel und Gebrauchsgüter in die Höhe.

Nachdem der Gewerkschaftskongreß einmütig den Kampf für die 10 Forderungen des ADGB. gefordert hat, müssen die Arbeiter in den Betrieben nun dafür sorgen, daß der Kampf auch wirklich aufgenommen wird.

Der Weg in den Abgrund.

Die deutsche „Bergwerks-Zeitung", das Blatt der Kohlenkönige, stellt in einem Artikel „Quo vadis Germania?" Betrachtungen über den Zusammenbruch der Markwährung an. Nachdem sie gesagt hat, daß der Dollar auf 1000 Mark marschiert, schreibt sie:

„Die Einstellung unseres Wirtschaftslebens auf dieses neue Niveau kann nicht ohne schwere Erschütterungen vor sich gehen; links und rechts werden die Opfer fallen. Die schon bisher der Verelendung preisgegebenen Schichten des Volkes werden noch schneller der Vernichtung verfallen. Immer rohere Formen wird der Kampf ums Dasein annehmen. Die Rücksichten auf Staat und Einheit wird man noch mehr mit Füßen treten, als es schon geschieht. Lauter denn je erschallt der Ruf: Rette sich, wer kann! Die Aushöhlung des der deutschen Produktion dienenden Kapitals tritt in ein neues, vielleicht in das letzte Stadium. Der Kreis derer, die es noch notdürftig ernähren kann, wird enger gezogen."

Mit brutaler Offenheit wird hier dem Großkapital zugerufen: „Rette sich wer kann!" Die Kohlenkönige, die unermeßliche Gewinne in ihren Bilanzen zu verzeichnen haben, die bei jeder Lohnbewegung den Knappels das Messer an die Gurgel setzen, von ihnen Mehrarbeit, Ueberschichten und Arbeit zum alten Lohn fordern, sie wissen sehr gut, daß immer größere Massen dem Hungertode, der Vernichtung preisgegeben werden. Sie wissen es und sehen die kommende Katastrophe besser voraus als die Arbeiter, die sich nicht zur entscheidenden Abwehr aufraffen können.

Aber sie ahnen auch schon, daß die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland „in das letzte Stadium" getreten ist. Der Ruf: „Rette sich wer kann!" heißt nichts anderes als: Sorge jeder Kapitalist, daß er sein Schäfchen ins Trockne bekommt, ins Ausland mit den Goldwerten, pfeift auf „die Rücksichten auf Staat und Allgemeinheit".

Die Arbeiterschaft sollte endlich die Zeichen der Zeit verstehen, sollte endlich begreifen, daß sie in eine Phase des Existenzkampfes getreten ist, aus der es nur eine Rettung gibt:

Rücksichtsloser mit Anspannung aller Kräfte geführter Klassenkampf. Schluß mit der Arbeitsgemeinschafts-, mit der Koalitionspolitik! Sofortige Herstellung der Einheitsfront in den Betrieben! Leitet die erforderlichen Kämpfe ein zur Erfassung der Sachwerte. Zur Durchführung der 10 Punkte der ADGB.

Was bringt uns London?

Lloyd George reagiert auf die Forderungen Poincarés nicht anders, als es die schwierige Lage der englischen Bourgeoisie erlaubt. Er beantwortet das französische Programm der „produktiven Pfänder" mit Drohungen, die schwächlich und mit Kompromißvorschlägen, die sehr entgegenkommend sind. Die Drohungen mit dem Bruch der Entente sind nur die aus Prestigegründen notwendige Einkleidung des Kompromisses. Und der Kuhhandel, der Umfall vor dem Diktat Frankreichs, wird der unausbleibliche Abschluß des angeblichen Widerstandes sein.

Einstweilen schlägt Lloyd George den starken Ton an. Er läßt wissen, daß ihn die Lage sehr „geschockt" habe. Die französischen Zahlenangaben seien unrichtig, die Pfänder unwirtschaftlich. Lloyd George will Zeit gewinnen und zugleich vor dem englischen Parlament den Schein der Standhaftigkeit wahren. Er schlägt die Entsendung einer Sachverständigenkommission nach Deutschland vor, „um am Orte selbst die Möglichkeit für die Durchführung der verschiedenen vorgeschlagenen Garantiemaßnahmen zu prüfen". Dadurch würde die Entscheidung um Wochen oder Monate verzögert werden.

Aber die Vertreter Englands halten sich schon jetzt den zweiten Weg offen, den Weg der Kapitulation. Wenn es Frankreich für lohnend hält, ein paar formelle Zugeständnisse zu machen, so kann es schon heute in allem Wesentlichen seinen Standpunkt durchsetzen. Zum Vermittler des Kompromisses bietet sich auch diesmal wieder der italienische Ministerpräsident Schanzer an. Das „Cablogramme" berichtet: Der italienische Außenminister arbeite bereits darauf hin, „einen Ausgleich der verschiedenen Meinungen auf der Londoner Konferenz herbeizuführen." In der gleichen Richtung betätigen sich die Belgier Theunis und Jasper, denen nichts am Moratorium, aber viel an den Pfändern liegt.

Die deutsche Kapitalistenpresse übertreibt aus durchsichtigen Gründen die Gegensätze zwischen Lloyd George und Poincaré. In Wirklichkeit hängt es in erster Linie vom Willen Frankreichs ab, wann es sich mit England über die Garantiemaßnahmen verständigt. Der Schacher ist nur noch eine Frage des Zeitpunktes.

Beide Möglichkeiten sind für das deutsche Proletariat gleich verderblich. Wird die Konferenz von London ergebnislos vertagt, so erhält Deutschland eine neue Sachverständigenkommission, aber kein endgültiges Moratorium. Höchstens wird für einige Wochen eine „provisorische" Stundung gewährt. Das bedeutet den ungehemmten Fortgang der Währungskatastrophe und der Teuerungswelle. Die Folgen einer solchen Verzögerung sieht man seit Jahr und Tag im hungernden Oesterreich. Die deutsche Arbeiterschaft treibt unaufhaltsam den gleichen Zuständen entgegen.

Aber auch im anderen Fall hat die deutsche Arbeiterschaft nichts zu hoffen. Wie auch das englisch-französische Kompromiß aussehen mag, es ist kein Zweifel, daß die Politik der „produktiven Pfänder" durchgeführt wird.

Verpfändung oder Zusammenbruch, Kolonisierung oder Sanktionen, schneller Ruin oder schleichender Hunger: das ist die Wahl zwischen Kugel und Strick. Die deutsche Arbeiterklasse kann auf die Londoner Konferenz nur eine Antwort geben, wenn sie ihr Leben retten will! Aufmarsch zum Kampf gegen das deutsche und ausländische Kapital!

Eine mittelgute Ernte in Sicht.

Nach dem Bericht des preußischen Statistischen Amts haben die Niederschläge im Monat Juli eine wesentliche Verschlechterung der Ernte nicht hervorzurufen vermocht. Es ist nur durch die schlechte Witterung eine Verspätung im Mähen und Einfahren herbeigeführt worden. Im allgemeinen ist mit einer Mittelernte in sämtlichen Getreide- und Hülsenfrüchten zu rechnen. Die Kartoffelernte ist sehr gut. Etwas schwächer ist die Heuernte des ersten Schnittes ausgefallen.

Aus diesen Meldungen geht hervor, daß die kürzlich durch die Presse gegangenen Nachrichten ein Schwindelmanöver der Junker war, die unter dem Vorwand, daß in diesem Jahr eine Mißernte vorläge, sofort die Umlage ganz oder zum großen Teil nicht erfüllen wollen. Dieser Vorwand ist nach dem Bericht des preußischen Statistischen Amts vollkommen unberechtigt. Die Arbeiterschaft wird darauf achten müssen, daß die Junker nicht durch einen anderen Vorwand die Ernährung der Industriebevölkerung sabotieren wollen.

Der Verrat der amerikanischen Bergarbeiter durch die Amsterdamer besiegelt!

Der „Vorwärts" teilt mit: „Der internationale Bergarbeiterkongreß beschloß am Montag in den amerikanischen Bergarbeiterstreik nicht direkt einzugreifen durch Behinderung der Kohlenbeschaffung. Der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes schlug eine Tagesordnung vor, in der den streikenden amerikanischen Bergleuten die Sympathie des Kongresses ausgedrückt und den Landesverbänden empfohlen wird, eine Unterstützung von 10 000 Pfund für die amerikanischen Genossen aufzubringen. In nicht öffentlicher Sitzung wurde dieser Antrag mit einer redaktionellen Aenderung angenommen."

Das ganze überschreibt der „Vorwärts" schamloser Weise: „Internationale Bergarbeitersolidarität". Die Amsterdamer Bergarbeiterführer Englands, Deutschlands, Belgiens usw., die in Frankfurt a. M. zusammengetreten waren, fallen also kaltblütig der Million streikender Proletarier in den Vereinigten Staaten in den Rücken. Die Amsterdamer Internationale billigt es, daß man durch englische Streikbrecherkohle die gelichteten Vorräte der amerikanischen Großindustrie wieder auffüllt. Herr Morgan kann mit seinen Amsterdamern zufrieden sein. Und um zu dem Verrat noch den Hohn zu fügen, gibt die Amsterdamer Bürokratie den streikenden Bergleuten den Ratschlag, der Sympathie der [illegible] Auffüllung der Streikkasse hinzu. Schon seit dem berüchtigten Leitartikel des „Daily Herald", des offiziellen Organs der englischen Arbeiterpartei, wo die Unmöglichkeit betont wurde, den Amerikanern zu helfen, konnte man diesen Ausgang erwarten. Im „Manchester Guardian" konnte man kürzlich folgendes Stimmungsbild lesen: „Der Kohlenexporthandel in Sunderland (englischer Hafen) hebt sich infolge des amerikanischen Kohlenstreiks. Es bestehen keine Anzeichen irgendwelcher Arbeiterunruhen. Die Bergarbeiter kennen nicht die Bestimmung der speziellen Kohle, die gerade sie produzieren. Und überhaupt sind die Arbeiter garnicht bestrebt, eine Ursache zum Streik zu finden. Die Hafenarbeiter ihrerseits beladen die Schiffe, ohne irgendeine Frage zu stellen." So vollzieht sich in England sang- und klanglos und planmäßig der Streikbruch. Die englischen Bergarbeiter sind eben durch ihre eigenen Niederlagen so abgekämpft und durch den langdauernden Hunger so heruntergekommen, daß sie nicht die Kraft aufbringen, gegen den Willen ihrer Führer zu rebellieren. Genau so wie die Amsterdamer Bürokratie die englischen Bergarbeiter isoliert verbluten ließ, versucht sie es jetzt mit den amerikanischen Proletariern.

700 000 Bergleute in den Vereinigten Staaten stehen seit April im Streik. Alle Bemühungen des Unternehmertums haben es nicht vermocht, die Streikbrecherarbeit erfolgreich in Gang zu bringen. Der Kampf zwischen den Zechenbesitzern und Arbeitern vollzieht sich mit unerhörter Erbitterung. In den Grubenbezirken hat die Regierung die Zechenbeamten als Hilfspolizisten vereidigt und so die Weißgardistenbanden legalisiert, die von den Kohlenkönigen aufgestellt werden. In dem Grubenbezirk Fayette in Pennsylvanien griff kürzlich eine solche Bande von Weißgardisten eine Anzahl streikender Bergleute an und erschoß 3 von ihnen. In demselben Bezirk sind 7500 Bergarbeiterfamilien exmittiert, sodaß sie in Zelten übernachten müssen. In der Ortschaft Frogtown drang eine Horde von Weißgardisten in die Wohnung eines streikenden Bergarbeiters, Namens Butitich, ein, erschoß ihn ohne jeden Grund und vergewaltigte im Anschluß daran seine schwangere Frau. In Cliffonville griff der Polizeichef Duval die streikenden Bergarbeiter an. Es kam zu einer förmlichen Schlacht, bei der Duval selbst von den Arbeitern getötet wurde. Auf beiden Seiten blieb eine große Zahl von Toten und Verwundeten. Seitdem tobt die weiße Justiz in dem ganzen Bezirk. Das Zeltlager der Bergarbeiter wurde von Polizei und Weißgardisten besetzt, die Männer wurden ins Gefängnis gebracht und die Frauen hilflos in die Wälder gejagt. Auf der anderen Seite trifft die Erbitterung des Proletariats überall die Streikbrecher. Es werden zahlreiche Fälle gemeldet, in denen die Arbeiter solche Streikbrecher teerten und federten. Die sittliche Entrüstung der bürgerlichen Presse ist darüber groß. Die Arbeiterpresse, ohne solche Gewalttaten an sich zu billigen, hebt hervor, daß die Streikenden die eigt

[illegible]

Am 11. August

feiert die deutsche Sozialdemokratie die Verfassung. Wörtlich nimmt sie Rechten dieser Verfassung mit den Zähnen und zermalmt ihre Kräfte.

Wir lehnen es ab,

für eine Verfassung, die dem Kapital alle Macht, den Demokratischen gesetzliche Knebelung, Verfolgung und Knechtschaft sichert, Komödie zu spielen.

Keine Feiertage, sondern Kampftage

müßte die Sozialdemokratie ansagen, wenn sie es ernst mit der Durchführung jener Verfassung meinen würde. Aber auch dazu fehlt ihren Führern der Mut. Unser Kampf gilt aber:

Nicht für die Verfassung der Schieberrepublik,

sondern für die Errichtung des Arbeiterstaates!

[illegible]

Die politische Macht [illegible]

[illegible]

1) Politische Morde von links:

Vom 21. Februar 1919 bis 31. März 1921 fielen der Cyal die Entsühnungs Erz) sind begangen 18 politische Morde von links verübt worden. Auch die Strafen 3 Todesurteile und 300 Jahre Einsperrung.

Aber, halte fest! Unsere Justiz konnte für 300 politische Morde von rechts nur 31 Jahre und 5 Monate Einsperrung und eine lebenslängliche Festungshaft verhängen, dagegen für 18 politische Morde von links 3 Todesurteile und 200 Jahre Einsperrung. Während nach dem Ende der „Hölzlaber" der Mordterror von links erloschen ist, haben die deutschnationalen antisemitischen Mordbanden ihr schändliches Handwerk bis zum 24. Juni 1922 ausgeübt, und würden es noch bis heute unentwegt weiterhin betreiben, wenn nicht endlich die Reichsregierung die Notwehrgesetze erlassen hätte.

Die vorstehenden Zahlen hämmern es jedem ehrlichen Volksgenossen mit Gewalt ein, daß es erbärmlichste Feigheit gewesen wäre, wenn Regierung und Reichstag nicht der bisher mit wahrer Lammesgeduld ertragenen verbrecherischen Feigheit des monarchistischen Mordgesindels die notwendige Abwehr entgegengestellt hätten. Sie charakterisieren aber auch mit großer Deutlichkeit die Stellungnahme der bayerischen Machthaber, die mit ihren Gesinnungsfreunden die Sabotage dieser Abwehrgesetze ins Werk gesetzt haben.

Wir wollen dem geheuchelten Entrüstungsgestammel der „Volkswacht" einige Tatsachen hinzufügen:

Sozialdemokrat Radbruch ist Reichsjustizminister. In seiner Gewalt liegt es, die Justiz der deutschen Republik so zu reformieren, daß sie kein Machtmittel der Reaktion mehr ist. Er hat es in der Hand, die reaktionären Richter zum Tempel hinauszujagen. Auf seinen Schultern lastet die Verantwortung für die ungeheuerlichen Verbrechen der deutschen Klassenjustiz an der Arbeiterklasse.

Die „verbrecherische Frechheit des monarchistischen Mordgesindels" trat schon beim Erzbergermord klar hervor. Erbärmlichste Feigheit der rechtssozialistischen Führer ist es gewesen, daß sie den Kampf der Arbeitermassen gegen die Reaktion durch schöne Versprechen verhindert haben. Auf ihren Schultern lastet die Verantwortung für die dem Erzbergermord folgende Tätigkeit der reaktionären Mörderbanden, der Walter Rathenau zum Opfer fiel.

Daß Regierung und Reichstag bisher die verbrecherische Frechheit der Monarchisten „mit wahrer Lammsgeduld" ertrugen, ist besonderes Verdienst der sozialdemokratischen Führer, die den Mahnungen der Kommunisten gegenüber nur Hohn fanden.

Doch was nützt es der Regierung und dem Reichstag, wenn sie ihre Lammsgeduld jetzt ein wenig abstreifen? Bayern wird sich wenig darum kümmern! Die bayerische Fronde kann nicht durch ein Parlament bezwungen werden. Nur die Macht der werktätigen Massen kann sie brechen!

Die sozialdemokratischen Führer haben die Massen wieder mit leeren Versprechungen nach Hause geschickt.

Nun klagen sie an! Sich selbst, ohne es zu merken!

Und [illegible] rufen das Proletariat an. Es möge [illegible]

Der „Vorwärts" für Poincaré.

Man sollte meinen, die Forderungen Poincarés würden selbst die sozialdemokratische Partei zu geschlossenem Widerstand veranlassen. Weit gefehlt! Der „Vorwärts" findet Poincarés Standpunkt ganz natürlich. Er schreibt:

Wenn man einer halbamtlichen französischen Meldung Glauben [illegible] geht Poincarés Plan darauf [illegible] die [illegible] Regierung hat ebenfalls gezögert, diese ganze Reihe der Alliierten anzuerkennen. Neuerdings ist es hingegen, wenn Poincaré nun plötzlich mit produktiven Pfändern kommt. Was in dieser Richtung von Ausbeutung der staatlichen Bergwerke und Wälder, Beteiligung an großen Industrieunternehmungen oder gar, wie es der „Matin" wissen will, von Zollschranken zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten einschließlich des Ruhrreviers erzählt wird, ist dann doch einigermaßen sinnwidrig (!). Das hieße etwa soviel als: „Jawohl, ein Moratorium sollt ihr haben, aber bezahlen müßt ihr trotzdem."

Das Zentralorgan der SPD. hält es also für selbstverständlich, daß Deutschland für eine Stundung „große Garantien" geben muß. Auch gegen die produktiven Pfänder hat der „Vorwärts" nichts einzuwenden, außer daß sie ihm „einigermaßen „sinnwidrig" erscheinen. Aber schließlich, tröstet er sich, man muß halt „zahlen!"

Wir können nicht annehmen, daß dem „Vorwärts" die ganze Schwere der Forderungen Poincarés unbekannt wäre. Die Haltung der SPD. ist ganz bewußt. Die Sozialdemokratie erklärt erneut, daß sie sich fügen will, daß sie neue Lasten der Arbeiterschaft aufzubürden gedenkt. Ihr Kurs bleibt der alte!

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

In der Woche vom 1. bis 7. August betrugen die Mindestausgaben eines Ehepaares mit zwei schulpflichtigen Kindern für

Nahrung	1943,91 Mk.
Kleidung, Schuhe, Reparaturen, Fahrgeld, Wohnung, Gas, Krankenkasse usw.	1220,70 „
8 Prozent Steuern	253,17 „
zusammen	3417,78 Mk.

Die wöchentliche Steigerung des Existenzminimums um über 200 Mark beruht auf der durch den Marksturz hervorgerufenen wucherischen Verteuerung täglicher Lebensmittel, besonders von Fleischwaren, Hülsenfrüchten, Zucker, Teigwaren, Butter und Margarine, sowie auf der Steigerung der Ausgaben für Krankenkasse, Zeitung und Leihbücher, Gas und Heizung (Kohle).

Gegen die Vorkriegszeit haben sich die Lebenshaltungskosten um das 164,3fache verteuert. Die Löhne sind dagegen durchschnittlich nur etwa um das 40fache gestiegen.

Gemessen am proletarischen Existenzminimum für Groß-Berlin ist die Mark nur noch 0,9 Pfennig wert.

Das Kapital in Sicherheit.

Aus Zürich wird mit großer Genugtuung gemeldet, daß die Banken die deutschen Bankguthaben nach der Schweiz verschoben hätten. Mit der Rettung des deutschen Kapitals sei schon vor einigen Wochen begonnen worden. Das Kapital flüchtet — das Proletariat, das Objekt der Ausbeutung, bleibt am Ort und wird eben noch mehr ausgebeutet. Es ist die Parole der Juli-Streiks zwischen Kapital und Arbeit.

„Es gibt überhaupt kein Streikrecht!"

Eine Rede des unabhängigen Ministers Lipinski.

Der sächsische unabhängige Innenminister Lipinski sprach am 3. August in einer von der Brauerengruppe der USPD. Groß-Leipzigs einberufenen Versammlung eine Rede über die Rolle der Beamten im „neuen Staat". Nach dem Bericht des „Leipziger Tageblattes" führte er unter anderem aus:

„Es gebe überhaupt kein Streikrecht. Die Gemeindeverwaltung dürfe sich hierzu nicht äußern, als sie den Streik als ökonomisches Machtmittel nicht verbiete, was jedoch nur im äußersten Falle Anwendung finden würde, wenn alle anderen Mittel versagt hätten. Für die Beamten käme der Streik aber überhaupt nicht in Frage, da sie in einem demokratischen Staat lebten, der für sie sorge. Das von ihnen mitgewählte Parlament und die demokratische Staatsverfassung müßten genug vertrauenswürdige Faktoren sein."

Die „Leipziger Volkszeitung" schämt sich offenbar dieser Ausführungen ihres Ministergenossen, denn sie sucht sie hinter langatmigen Tiraden gegen die reaktionären Beamten verschwinden zu machen. Das reaktionäre „Leipziger Tageblatt" hat jedoch mit sicherem Instinkt das Wesentliche an Lipinskis Rede herausgegriffen. An solchen Ansichten sozialistischer Minister und der entsprechenden Praxis — hat doch Lipinski unabhängige Polizeibeamte entlassen, die sich gegen die reaktionären höheren Beamten gewandt hatten! — kann die Bourgeoisie ihre Freude haben. Besonders jetzt wo die reißend anschwellende Teuerung die Beamten nicht minder wie andere Lohnempfänger zwingen wird, in Lohnbewegungen und Streiks zu treten.

Ob die unabhängigen Arbeiter an einem solchen Minister auch Freude haben?

Vor dem Generalstreik in Frankfurt a. M.

Die Lage im Streik der kaufmännischen Angestellten hat sich weiter zugespitzt. Nachdem am vergangenen Donnerstag das Arbeitgeberkartell durch Aushang bekanntgegeben hat, daß alle Angestellten, die bis zum 7. [illegible] die Arbeit [illegible] sich als [illegible]

[illegible] Kundgebung [illegible] von den Angestelltenorganisationen gemeinsam mit den streikenden Buchdruckern und Setzern auf heute früh einberufene Streikversammlung wird zur neugeschaffenen Lage Stellung nehmen. Da die Arbeiterverbände mit den Angestellten sympathisieren, so ist jetzt mit der Proklamierung eines Generalstreiks in Frankfurt zu rechnen.

Eine Frage an die Internationalen 2 und 2½

Bürger Scheidemann, Stampfer, Dittmann, Crispien, Renaudel, Longuet, Henderson, Sidney Webb usw. usw.!

Ihr seid Sozialpatrioten gewesen. Wir haben das immer als einen Verrat an der Arbeiterklasse betrachtet, da ja die Verteidigung des Vaterlandes, solange die Bourgeoisie an der Macht steht, nichts anderes ist, als die Verteidigung des Geldsackes. Bürger der Internationalen 2 und 2½! Ihr verteidigt die Sozialrevolutionäre, da sie ja Eure Freunde sind, da sie auch als „Sozial-Vaterlandsverteidiger" galten. Jetzt aber beweisen die Protokolle aus dem Archiv der Sozialrevolutionäre, die sie selbst verfaßt haben, ihre eigenhändig geschriebenen Briefe, die Photographien, die wir veröffentlichen werden, daß diese lieben Vaterlandsverteidiger bezahlte Agenten der ausländischen kapitalistischen Mächte sind. Und wir fragen nun Euch:

Seid Ihr auch weiter geneigt, solche Leute zu verteidigen, die im Jahre 1921 von der tschecho-slowakischen und französischen Regierung Geld angenommen haben dafür, daß sie diesen Regierungen Spionagedienste geleistet haben und die bei diesen Regierungen für neue Interventionen eintreten sind?

Bürger der Internationalen 2 und 2½! Ihr werdet dieser Frage nicht ausweichen können, da wir Euch diese Frage auf einer Versammlung der ehrlich denkenden sozialpatriotischen, reformistischen Arbeiter vorlegen werden.

Endlich wenden wir uns an Friedrich Adler und Jean Longuet und fragen sie im Namen ihrer Vergangenheit: Könnt Ihr die SR. auch jetzt noch verteidigen, da Euch all dies bekanntgeworden ist? Zögert nicht mit der Antwort, da Euer Schweigen die Verachtung eines jeden ehrlichen Arbeiters hervorrufen wird.

Schlesische Rundschau.

Der Blutstrom.

Sie klagen sich selbst an!

In der Breslauer rechtssozialistischen „Volkswacht" vom 9. August ist folgendes zu lesen:

Für 16 Morde von links 3 Todesurteile und 239 Jahre Haft!

Für 318 Morde von rechts kein Todesurteil und nur geringe Haft!

In den jetzigen Tagen, in denen Bayern, der gleichgeschaltete deutsche Bundesstaat, die Fahne der Rebellion gegen ein verfassungsmäßig zustandegekommenes Reichsgesetz erhebt, das nichts anderes will, als die Deutsche Republik und ihre Träger vor verbrecherischen Anschlägen zu schützen, ist es angebracht, der Oeffentlichkeit wiederum einen Ueberblick über die politischen Morde und ihre Sühne zu geben, die seit 1919 von rechts und links begangen worden sind. Die Beilagen aus dem Buche von J. E. Gumbel, das 1921 im Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W. 63, erschienen ist.

a) Politische Morde von rechts:

Nach der Statistik der erwähnten Schrift sind vom 15. Januar 1919 bis 10. Juni 1921 (Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bis [illegible]) [illegible]

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB. und der Gauleiter der freien Gewerkschaften Schlesiens.

Am Sonntag, 6. August, fand im Gewerkschaftshause in Breslau eine Gewerkschaftskonferenz Schlesiens statt. Der Kollege Kohl vom Holzarbeiter-Verband als Leiter und Referent leistete sich unglaubliches an Demagogie und Hetze. Mit geradezu zynischer Offenheit erklärte er, daß man nicht erwarten solle, daß er einen objektiven Bericht gebe, er werde seine persönliche Meinung vortragen. Glaubt dieser Mensch, daß wir nach Breslau kommen, um die persönliche Meinung irgend eines Gewerkschaftsbeamten zu hören. Nicht nur, daß Kohl Kommunisten und Unabhängige in der unerhörtesten Weise angriff, nein, auch einzelne Gewerkschaften, vor allem die größte, der D. M. V., wurde in geradezu verächtlicher Art charakterisiert. Aber auch die Delegierten des Leipziger Kongresses wurden als Idioten und Dummköpfe hingestellt, indem Kohl behauptete, sie hätten auf dem Kongreß nicht gewußt, was sie tun. Als der Widerspruch aus der Versammlung immer größer wurde, sah sich Kohl genötigt, einen anderen Ton anzuschlagen. Wenn alle Funktionäre so arbeiten würden wie Kohl, dann hätten sie der Gewerkschaftsbewegung einen Bärendienst erwiesen. Durch die Provokationen des Kollegen Kohl wurde dreiviertel Zeit der Konferenz mit fruchtlosen Diskussionen totgeschlagen, die Regie klappte, erst wurde der Schmutzkübel entleert und dann die Redezeit auf 5 Minuten festgesetzt, das ist eine feine Art zu kämpfen, erst verleumden und beschimpfen und dann das Maul verbinden. Die ganze Konferenz zeigte, daß diese Leute gar nicht willens sind der heutigen, der kapitalistischen Gesellschaft ernstlich ans Leben zu gehen, zur Entschuldigung dient ihnen das kommunistische Treiben und die Zustände in Rußland. Lange werden diese Ausreden nicht mehr ziehen, die Kommunisten haben zu oft bewiesen, daß sie gewillt sind gemeinsam für einmal aufgestellte Forderungen zu kämpfen, sie aber nicht nur als Ablenkungsmanöver und als Vehikel für die Unzufriedenheit der Massen zu benützen.

Man merkte nach der Mittagspause, daß hinter den Kulissen gearbeitet worden war, denn von der Leitung wurde dann ein versöhnlicherer Ton angeschlagen. Trotz aller Schimpfereien entschlüpfte dem Kollegen Fritzsche die Aeußerung, daß sie, die SPD., in bezug auf Arbeit noch viel lernen könnten. Sonst hört man's anders. Wie oft wird nicht die alte langjährige Partei- und Gewerkschaftsarbeit der eigenen werten Person in Erinnerung gebracht. Wenn in Mitgliederversammlungen so objektiv gearbeitet wird wie auf dieser Konferenz, dann brauchen sich die Herren nicht zu wundern, wenn die Mitglieder, die nicht alles als Evangelium glaubt, hinnehmen auch einmal ihre persönliche Meinung sagen, denn was dem Kohl recht ist, ist jedem anderen billig, oder etwa nicht? Nach Abschluß der teilweise sehr erregten Diskussion über den Verlauf und das Ergebnis des Gewerk-

[illegible]

Bei der Wahl zur Zentralleitung, der auch der [illegible] Kandidaturen an die Stelle der Zentralvorstandsmitglieder treten muß, wurden die alten Mitglieder des Zentralvorstandes wiedergewählt und Kollegen Mönich neugewählt. Es gehören dem Zentralvorstand an die Kollegen: Müller (Bauarbeiter), Thum (Metallarbeiter), Mewius (Transportarbeiter), Thieme (Fabrikarbeiter), Schnur (Landarbeiter), Kohl (Holzarbeiter), Wirsich (Metallarbeiter).

Eine so wichtige Konferenz stellen wir uns allerdings anders vor. Wenn Koll. Kohl am Schluß betont, daß es notwendig sei, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung hochzuhalten, so stimmen wir dem zu, nur verlangen wir, daß man auch selbst die Einheit hochhält und nicht durch persönliche Meinung den Keil weiter hinein treibt. Wir behalten uns vor, noch näher auf diese Konferenz einzugehen.

Die Zerstörer des Eisenbahner-Verbandes.

Die Wurzelreien des Vorstandes lassen den Führern des DEV. — den Scheffel, Kotzur und Konsorten und ihren Kreaturen in der Provinz keine Ruhe. Sie treiben bewußt auf eine Zertrümmerung des Verbandes hin, weil sie befürchten, auf dem Münchener Verbandstage wenn nicht eine Mehrheit, so doch eine außerordentlich starke Minderheit der Opposition vorzufinden. Die Aufstellung der Kandidaten für die am 17. August stattfindenden Urwahlen haben gezeigt, daß der Einfluß der Opposition trotz aller Massenausschlüsse ein noch immer ungebrochener ist.

Diese Tatsache wurde auch in der Ortsverwaltung Stuttgart des DEV. festgestellt. Alle gemeinen Praktiken der Hauptvorstandsmameluken konnten nicht verhindern, daß mit der großen Mehrzahl der abgegebenen Stimmen drei unserer Genossen mit als Kandidaten aufgestellt wurden. Eine Neuwahl konnte das nicht beseitigen. Willige Werkzeuge des Hauptvorstandes fanden aber einen Ausweg. Sie stellten einfach Ausschlußanträge gegen unsere Kandidaten, setzten sich über das Statut hinweg und strichen den Genossen Zwicker, der die höchste Stimmenzahl erbracht, einfach von der Liste.

Fürwahr, diese Scheffel und Konsorten zeigen durch diese Machenschaft immer mehr auch dem letzten Eisenbahner, wer die Zersplitterer der freien Gewerkschaften sind.

Die Eisenbahner im ganzen Reiche werden ihnen die Antwort geben, indem sie am 17. August überall ihre Stimmen geben für die Kandidaten der Opposition, für die Kommunisten.

Die Breslauer Eisenbahner werden am 17. August ihre Stimmen den Kollegen Georgi, Blacha, Kolbe und Klose geben und damit ihren proletarischen Willen gegen die Intriguen des Hauptvorstandes kundtun.

Streik der Frankfurter Buchdrucker.

Mit 5000 gegen 120 Stimmen haben die Buchdrucker in Frankfurt a. M. beschlossen, in den Streik zu treten. Durch diesen Beschluß, der das Erscheinen sämtlicher Frankfurter Zeitungen unmöglich macht, wird gezeigt, daß auch die Buchdrucker immer mehr die Unmöglichkeit einsehen, auf Grund der Ergebnisse ihrer Schlichtungsstellen ihr Leben zu fristen.

Die ungeheuere täglich sich steigernde Teuerung macht alle Tarifabmachungen, selbst wenn sie nur auf Wochen voraus abgeschlossen wären, hinfällig.

Die spontan ausgebrochene Bewegung der Frankfurter Buchdrucker, die damit an die Seite der 80 000 in verschärftem Streik stehenden Angestellten getreten sind, werden erkennen müssen, daß grundlegend eine Besserung ihrer Lage nur herbeigeführt wird, durch die Beseitigung des jetzigen kapitalistischen Chaos.

Der Internationale Kongreß der Bergarbeiter.

[illegible]

Der Vorsitzende Hodges teilt mit, daß die Kongreßleitung [illegible] Vorschlag [illegible] Hierauf beschließt man die [illegible] daß der russische Bergarbeiter-Verband [illegible] den Kongreß gesandt hatte, daß der Kongreß sie dazu [illegible]

Beteiligung des russischen Bergarbeiter-Verbandes.

der Bergarbeiter-Internationale erörtern solle. Der Ausschuß hat sich damit beschäftigt und schlägt dem Kongreß vor, eine Erörterung über die Aufnahme des russischen Bergarbeiter-Verbandes auf dem Kongreß abzulehnen. Der erschienene Vertreter des russischen Bergarbeiter-Verbandes soll als Gast ohne Stimmrecht an dem Kongreß teilnehmen. Außerdem ist von dem Sekretär der RGJ Genossen Kotowski, ein längerer Brief eingegangen, der zu dem amerikanischen Bergarbeiterstreik Stellung nimmt. Er wird zur Kenntnis genommen.

Nachmittagssitzung.

Der englische Delegierte Green unterstützt die von Hodges vorgelegte Resolution und bittet, daß sie angenommen werde, und nicht nur angenommen, sondern auch durchgeführt werde. Die Unternehmer schließen sich zusammen. Das müssen die Arbeiter auch tun. Den englischen Kohlenmagnaten ist es gelungen, seit dem britischen Bergarbeiterstreik die Löhne herunterzudrücken und so die englischen Absatzquellen wieder zu gewinnen auf Kosten der englischen Bergarbeiter. Seit dreißig Jahren ist der Reallohn noch nicht so niedrig gewesen, wie zurzeit. Denselben Kampf, den wir im vorigen Jahre führten, führen jetzt die amerikanischen Bergarbeiter.

Barthuel, Frankreich, wendet sich gegen die Stelle in der Resolution, wo es heißt, daß jedes Land für sich durchführen solle, was es durchführen kann, daß die Internationale selbst nichts zur Durchführung ihrer Forderungen unternimmt. Wenn man international nichts durchführen kann, dann sinkt die Internationale zusammen zu einem Korrespondenzbüro. Wir stimmen für den ersten Teil der Resolution; den zweiten Teil, in dem die Durchführung den Ländern überlassen wird, lehnen wir ab. Wir verlangen

internationale Aktionen zur Durchführung der Forderungen.

Die Kapitalisten sind aktionsfähig und recht tege. Das muß auch bei uns eintreten.

Defardin, Belgien: Wir sind der Ansicht, daß die vorgelegte Resolution genügt. Zur internationalen Aktion ist schon mehr nötig als eine schöne Internationale. Wir müssen erst in den einzelnen Ländern stark werden, dann können wir erst etwas erreichen.

Hierauf wird die von Hodges vorgelegte Resolution mit 85 gegen 13 Stimmen angenommen. Der Wortlaut der Resolution ist folgender:

„Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterbundes wird beauftragt, ein einheitliches Programm der im Bergbau aller Länder durchzuführenden Ziele und Forderungen zu entwerfen, und zwar möglichst auf der Grundlage der im Laufe der Zeit von den Kongressen des Internationalen Bergarbeiterbundes gefaßten Beschlüsse. Zugleich werden die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Landes- bzw. Zentralverbände aufgefordert, in ihren Ländern die Verwirklichung dieser Ziele und Forderungen anzustreben als den ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in allen Bergbauländern der Welt. Die einzelnen Länder verpflichten sich in jeder nur möglichen Weise, die Bemühungen aller anderen Länder zur Erreichung solcher Ziele und Forderungen zu unterstützen.“

[illegible]

Sei ein Kongreß mit Bergarbeitern, der auch bei jenen Kundgebungen an die Stelle der Zentralvorstandsmitglieder treten muß, wurden die alten Mitglieder des Zentralvorstandes wiedergewählt und Kollegen Mönich neugewählt. Es gehören dem Zentralvorstand an die Kollegen: Müller (Bauarbeiter), Thum (Metallarbeiter), Mewius (Transportarbeiter), Thieme (Fabrikarbeiter), Schnur (Landarbeiter), Kohl (Holzarbeiter), Wirsich (Metallarbeiter).

Eine so wichtige Konferenz stellen wir uns allerdings anders vor. Wenn Koll. Kohl am Schluß betont, daß es notwendig sei, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung hochzuhalten, so stimmen wir dem zu, nur verlangen wir, daß man auch selbst die Einheit hochhält und nicht durch persönliche Meinung den Keil weiter hinein treibt. Wir behalten uns vor, noch näher auf diese Konferenz einzugehen.

Die Zerstörer des Eisenbahner-Verbandes.

Die Wurzelreien des Vorstandes lassen den Führern des DEV. — den Scheffel, Kotzur und Konsorten und ihren Kreaturen in der Provinz keine Ruhe. Sie treiben bewußt auf eine Zertrümmerung des Verbandes hin, weil sie befürchten, auf dem Münchener Verbandstage wenn nicht eine Mehrheit, so doch eine außerordentlich starke Minderheit der Opposition vorzufinden. Die Aufstellung der Kandidaten für die am 17. August stattfindenden Urwahlen haben gezeigt, daß der Einfluß der Opposition trotz aller Massenausschlüsse ein noch immer ungebrochener ist.

Diese Tatsache wurde auch in der Ortsverwaltung Stuttgart des DEV. festgestellt. Alle gemeinen Praktiken der Hauptvorstandsmameluken konnten nicht verhindern, daß mit der großen Mehrzahl der abgegebenen Stimmen drei unserer Genossen mit als Kandidaten aufgestellt wurden. Eine Neuwahl konnte das nicht beseitigen. Willige Werkzeuge des Hauptvorstandes fanden aber einen Ausweg. Sie stellten einfach Ausschlußanträge gegen unsere Kandidaten, setzten sich über das Statut hinweg und strichen den Genossen Zwicker, der die höchste Stimmenzahl erbracht, einfach von der Liste.

Fürwahr, diese Scheffel und Konsorten zeigen durch diese Machenschaft immer mehr auch dem letzten Eisenbahner, wer die Zersplitterer der freien Gewerkschaften sind.

Die Eisenbahner im ganzen Reiche werden ihnen die Antwort geben, indem sie am 17. August überall ihre Stimmen geben für die Kandidaten der Opposition, für die Kommunisten.

Die Breslauer Eisenbahner werden am 17. August ihre Stimmen den Kollegen Georgi, Blacha, Kolbe und Klose geben und damit ihren proletarischen Willen gegen die Intriguen des Hauptvorstandes kundtun.

Streik der Frankfurter Buchdrucker.

Mit 5000 gegen 120 Stimmen haben die Buchdrucker in Frankfurt a. M. beschlossen, in den Streik zu treten. Durch diesen Beschluß, der das Erscheinen sämtlicher Frankfurter Zeitungen unmöglich macht, wird gezeigt, daß auch die Buchdrucker immer mehr die Unmöglichkeit einsehen, auf Grund der Ergebnisse ihrer Schlichtungsstellen ihr Leben zu fristen.

Die ungeheuere täglich sich steigernde Teuerung macht alle Tarifabmachungen, selbst wenn sie nur auf Wochen voraus abgeschlossen wären, hinfällig.

Die spontan ausgebrochene Bewegung der Frankfurter Buchdrucker, die damit an die Seite der 80 000 in verschärftem Streik stehenden Angestellten getreten sind, werden erkennen müssen, daß grundlegend eine Besserung ihrer Lage nur herbeigeführt wird, durch die Beseitigung des jetzigen kapitalistischen Chaos.

Der Internationale Kongreß der Bergarbeiter.

[illegible]

Der Vorsitzende Hodges teilt mit, daß die Kongreßleitung [illegible] Vorschlag [illegible] Hierauf beschließt man die [illegible] daß der russische Bergarbeiter-Verband [illegible] den Kongreß gesandt hatte, daß der Kongreß sie dazu [illegible]

Beteiligung des russischen Bergarbeiter-Verbandes.

der Bergarbeiter-Internationale erörtern solle. Der Ausschuß hat sich damit beschäftigt und schlägt dem Kongreß vor, eine Erörterung über die Aufnahme des russischen Bergarbeiter-Verbandes auf dem Kongreß abzulehnen. Der erschienene Vertreter des russischen Bergarbeiter-Verbandes soll als Gast ohne Stimmrecht an dem Kongreß teilnehmen. Außerdem ist von dem Sekretär der RGJ Genossen Kotowski, ein längerer Brief eingegangen, der zu dem amerikanischen Bergarbeiterstreik Stellung nimmt. Er wird zur Kenntnis genommen.

Nachmittagssitzung.

Der englische Delegierte Green unterstützt die von Hodges vorgelegte Resolution und bittet, daß sie angenommen werde, und nicht nur angenommen, sondern auch durchgeführt werde. Die Unternehmer schließen sich zusammen. Das müssen die Arbeiter auch tun. Den englischen Kohlenmagnaten ist es gelungen, seit dem britischen Bergarbeiterstreik die Löhne herunterzudrücken und so die englischen Absatzquellen wieder zu gewinnen auf Kosten der englischen Bergarbeiter. Seit dreißig Jahren ist der Reallohn noch nicht so niedrig gewesen, wie zurzeit. Denselben Kampf, den wir im vorigen Jahre führten, führen jetzt die amerikanischen Bergarbeiter.

Barthuel, Frankreich, wendet sich gegen die Stelle in der Resolution, wo es heißt, daß jedes Land für sich durchführen solle, was es durchführen kann, daß die Internationale selbst nichts zur Durchführung ihrer Forderungen unternimmt. Wenn man international nichts durchführen kann, dann sinkt die Internationale zusammen zu einem Korrespondenzbüro. Wir stimmen für den ersten Teil der Resolution; den zweiten Teil, in dem die Durchführung den Ländern überlassen wird, lehnen wir ab. Wir verlangen

internationale Aktionen zur Durchführung der Forderungen.

Die Kapitalisten sind aktionsfähig und recht tege. Das muß auch bei uns eintreten.

Defardin, Belgien: Wir sind der Ansicht, daß die vorgelegte Resolution genügt. Zur internationalen Aktion ist schon mehr nötig als eine schöne Internationale. Wir müssen erst in den einzelnen Ländern stark werden, dann können wir erst etwas erreichen.

Hierauf wird die von Hodges vorgelegte Resolution mit 85 gegen 13 Stimmen angenommen. Der Wortlaut der Resolution ist folgender:

„Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterbundes wird beauftragt, ein einheitliches Programm der im Bergbau aller Länder durchzuführenden Ziele und Forderungen zu entwerfen, und zwar möglichst auf der Grundlage der im Laufe der Zeit von den Kongressen des Internationalen Bergarbeiterbundes gefaßten Beschlüsse. Zugleich werden die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Landes- bzw. Zentralverbände aufgefordert, in ihren Ländern die Verwirklichung dieser Ziele und Forderungen anzustreben als den ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in allen Bergbauländern der Welt. Die einzelnen Länder verpflichten sich in jeder nur möglichen Weise, die Bemühungen aller anderen Länder zur Erreichung solcher Ziele und Forderungen zu unterstützen.“

Der Tempel.

Roman

von

Hermynia zur Mühlen.

28.

„Ja, Sie sehen trotz der dunklen Haare und Augen so unverkennbar arisch aus. Ihnen kann man nicht alle Lehren mit einem „Saujud“ widerlegen.“

Sie schwieg etwas verlegen, er lachte. „Ja, das kommt häufig vor, auch Johannes ist es schon passiert.“

Die Tür wurde aufgerissen, Anatol trat hastig ein. „Kinder, es geht los, auf dem Balkan!“

„Das dürfte uns wenig berühren,“ meinte Philipp gelassen.

„Ist ein Verbrechen kein Verbrechen, weil es auf einem anderen Erdteil geschieht?“ warf Frau von Reuter vorwurfsvoll ein. Einen Augenblick herrschte Stille. Dann schrie der alte Jude schmerzlich auf: „Mord und Elend! Verbrechen und Sünde! Die Flammen verzehren das Haus, und ein böser Wind treibt sie näher und näher. Wer bewahrt uns vor der Feuersbrunst, wenn des Nachbarn Haus in Flammen steht?“

* * *

„Wie sehr Du Dich verändert hast, Johannes,“ bemerkte Lene, da sie den Heimweg angetreten hatten, „daheim warst Du so still und verschlossen, erwecktest immer den Eindruck eines Fremden, der sich in ungewohnter Umgebung unbehaglich fühlt.“

„Das tat ich auch,“ gab er zu, „die Luft daheim engte mir die Brust ein. Und dann, so ruhelos war mir zumute, als dürfe ich bloß einen Augenblick rasten, müßte dann fort, immer weiter und weiter. Wohin? Ich wußte es selbst nicht.“

„Und jetzt?“

„Jetzt ist mir, als hätte ich heimgefunden. In Boris' kleiner Stube fühle ich mich zu Hause. Die Menschen sind mir vertraut, ich empfinde ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihnen, sie reden meine Sprache. Sogar den alten Rabbiner Löw verstehe ich.“

„Es ist doch schrecklich, daß auf dem Balkan Krieg ist.“

Er nickte.

„Was hat der alte Mann mit den Flammen gemeint?“

„Er faselt immer von einem Weltkrieg, der die Ruchlosigkeit der Menschen strafen wird. Aber das ist bei uns ausgeschlossen. Das Proletariat in allen westlichen Ländern würde aufstehen wie ein Mann, am Tage der Kriegserklärung hätten wir den Weltstreik.“

„Glaubst Du?“

„Ich bin davon überzeugt!“

Sie waren vor Lenes Wohnung angelangt.

„Kommst Du noch mit hinauf?“

„Nein, es ist zu spät, gute Nacht.“

Lene trat in des Bruders Zimmer. „Gustav, auf dem Balkan ist der Krieg ausgebrochen!“

Er blickte nicht einmal auf. „So, das ist doch kein Grund, um mich zu stören. Was geht mich der Balkankrieg an?“

Lene konnte lange nicht einschlafen. Als sie dann doch endlich in unruhigen Schlummer verfiel, quälte sie ein böser Traum. Sie sah den alten Abraham Löw auf einem hohen Berge stehen und wehklagend auf die Ebene deuten. Ein gewaltiges Feuermeer wälzte sich zischend, lodernd vorwärts, seine Wogen überfluteten Dörfer und Städte, züngelnde Flammen griffen nach den Himmeln. Sie erwachte mit klopfendem Herzen; unbestimmte Angst preßte ihr die Brust zusammen. Halb noch im Schlaf murmelte sie wie eine tröstliche Zauberformel vor sich hin: „Bei uns ist das ausgeschlossen. Der Weltstreik . . .“

Vierzehntes Kapitel.

Der Zug pustete durch die graue Vorfrühlingslandschaft. Märzsturm griff mit wuchtigen Händen nach den Rauchwolken und zerriß sie in dünne Streifen, die er über den blaßblauen Himmel jagte. Der große Fluß, endlich von seinen Eisketten befreit, war in unbändigem Freiheitsdrang über die Ufer getreten, überschwemmte die Ebene, die, farblos in die Fluten übergehend, einem einzigen ungeheueren Meer glich. Mürrische Kiefern streckten sich verschlafen, warfen die winterlichen Nadeln ab, schlanke Birken, noch unbelaubt und dennoch frühlingsduftig und frisch in ihren weißen Gewändern, reckten sich der liebkosenden blassen Sonne entgegen. Am Horizont durchschnitt in scharfer Zickzacklinie ein Schwarm Wildenten die Luft.

Lene beugte sich weit aus dem Kupeefenster; seltsam wehmütige Freude erfüllte sie ganz. Wie schön war doch die Heimat, von einer trostlosen, bitteren Schönheit, die sich einem mehr ins Herz stahl, als gesegnetere, südenbegnadete Gegenden. Auch ein wenig bang war ihr zumute; nach anderthalb Jahren fuhr sie zum erstenmal heim. Die Mutter war mit Ilse, die im Winter krank gewesen, in den Süden gereist, und Lene sollte sie daheim ersetzen. Sie verließ ungern Berlin, doch fühlte sie, auch ihr würde eine kurze Rast wohltun; Johannes und seine Freunde hatten ihre Arbeitskraft redlich ausgenützt; jede Stunde des Tages hatte eine Beschäftigung mit sich gebracht. Sanin war über ihre Abreise empört gewesen; hatte prophezeit, sie werde sich vom trägen Bourgeisleben einfangen lassen, womöglich heiraten, zumindest verändert, unbrauchbar wiederkommen.

Lene lächelte, als ihr dies einfiel. Das letzte Jahr hatte sich mit seinen Erlebnissen und Bildern in ihre Seele eingebrannt. Träumerisch versuchte sie die stärksten Eindrücke zurückzurufen; Bilder, Stimmungen kehrten wieder, so lebendig, daß sie völlig vergaß, wo sie sich befand.

Der erste Mai in Berlin; strahlender Sonnenschein, ein tiefblauer Himmel. „Kaiserwetter“, sagte ein behäbiger Bürger zu seiner Frau, vergessend, daß dieser Tag einem anderen Herrscher geweiht war, dem enterbten, einzig berechtigten Herrscher der Welt, dem Volke, das sich alljährlich einmal seiner Herrscherwürde bewußt wird.

Die Linden entlang kam der Zug, endlos, unübersehbar, Kopf an Kopf. Organisation folgte auf Organisation, die Hände, deren Arbeit die Welt schafft und erhält, ruhten; nicht wie sie am Sonntag ruhen, gedankenlos, trägmüde sein, mit einer gewissen Würde und Kraft mit dem Bewußtsein ihrer Macht ruhten sie an diesem, ihrem eigenen Feiertag. Lena entsann sich einer Gruppe, die sie besonders ergriffen hatte — die der „Scheuerfrauen“. „Frauen“, das Wort klang wie Hohn auf diese Geschöpfe angewandt.

(Übersetzung folgt.)

Gewerkschafts-Bewegung.

Noch nicht Kampf in der Textilindustrie.

Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetztes Schiedsgericht hatte beschlossen vor einigen Tagen einen Spruch, nachdem die Arbeitszeit für die Textilindustrie beibehalten werden soll. Dem entgegen wurde für die Textilindustrie nach verschiedener Arbeitszeit soll entgegengenommen werden durch Ueberstunden, die im Verein mit der Betriebsverlegung, und wenn hier keine Einigung zustande kommt, innerhalb acht Tagen von besonderen Schlichtungsstellen erfolgen werden sollen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß es besser sei, die Arbeiterschaft keine Freiwillige (aber vom Schlichtungsausschuß verfügte, d. Red.) Mehrarbeit, als daß gegen den Willen der Mehrheit die Arbeitszeit allgemein verlängert wird. Es wird außerdem hervorgehoben, daß die Nachwirkungen der Kriegszeit in der Textilindustrie mit der Mehrzahl weiblicher Beschäftigter noch nicht beseitigt seien.

Die Arbeiterorganisationen haben diesen Spruch der zunächst für Sachsen, Süd- und Westdeutschland die 46 Stundenwoche festlegt, angenommen. Die Unternehmer hingegen haben den Spruch als ihren Forderungen nicht entsprechend, abgelehnt. Die Unternehmer sind anscheinend gewillt, die reine 48 Stundenwoche mit allen Mitteln zu erzwingen. Die Unternehmer gehen von dem Standpunkt aus, daß die jetzige gute Konjunktur doch nicht von langer Dauer ist und daß bei einer in absehbarer Zeit hereinbrechenden Absatzkrise diese und die weitere Schmutzkonkurrenz nur gemildert werden kann, durch Steigerung der Produktion bei verlängerter Arbeitszeit. Den Spruch des Reichsschiedsgerichts halten sie für eine Hemmung ihrer Bestrebung, nicht nur die reine 48 Stundenwoche, sondern darüber hinaus den Neun- und Zehnstundentag wieder zu erreichen, ohne Ueberstundenzuschläge zu bezahlen.

In der Schlichtungsordnung, die mit Streikmöglichkeiten nach dem Willen der Unternehmer noch immer nicht radikal genug aufräumt, soll dem Reichsarbeitsministerium die Möglichkeit gegeben werden, einen Schiedsspruch auf Anruf einer Partei für verbindlich zu erklären. Der Ausbruch des Metallarbeiterkampfes in Süddeutschland, der Streik der Textilarbeiter um die Wende des vergangenen Jahres zeigt, daß die Unternehmer bei der Durchsetzung der Ziele nicht fragen nach Gesetzen, nach Schiedssprüchen und nicht nach den Abmachungen der sonst von ihnen über den grünen Klee gelobten Arbeitsgemeinschaft.

Kommt es in der Textilindustrie zum Kampf, dann wird er nur gewonnen, wenn nicht die Taktik wie in Süddeutschland angewandt wird, sondern wenn die Textilarbeiter, unter aktivster Unterstützung der gesamten übrigen Arbeiterschaft nicht allein kämpfen um den Achtstundentag und den freien Sonnabend-Nachmittag, sondern auch um die Beseitigung kapitalistischer Mißwirtschaft überhaupt, dadurch, daß die zehn Punkte des ADGB., das Berliner Abkommen und eine Arbeiterregierung verwirklicht werden.

Breslau.

Lokales.

Parteigenossen- und Genossinnen!

Wir ersuchen Euch für den 12. und 13. August, Quartiere bei der Ortsleitung anzumelden. Uebt Solidarität!

Leider sind trotz vieler Anzeigen noch nicht genügend Quartiere gemeldet. Wir bitten die Meldungen sofort zu vollziehen.

[illegible]

[illegible] Kantortor Dr. Meißner und dem Intendanten des staatlichen Schauspielhauses Jessner. Der Reichsverkehrsminister Groener trifft bereits am Sonnabend früh in Breslau ein.

Der Reichspräsident wird sich unmittelbar nach seinem Eintreffen nach dem Rathause begeben. Nach politischen Ansprachen und einem Festakt zu Ehren Gerhart Hauptmanns findet ein Frühstück im kleinen Kreise im Oberpräsidium statt. Darauf wird der Reichspräsident die Masser Villa besichtigen und abends der Aufführung von „Florian Geyer" beiwohnen.

Der Reichspräsident und seine Gattin fahren am Sonntag früh von Breslau ab.

Also, S. M. Ebert kommt! Sonnabend nach Breslau! Die „Volkswacht" jubiliert. Republikaner, fühlt Ihr nicht, wie Eure Herzen höher schlagen! Deshalb heraus mit den Fahnen!

Fritz Ebert, derzeitiger Reichspräsident, ehedem Führer der deutschen Arbeiterschaft, wird Sonnabend der Aufführung von Florian Geyer beiwohnen. Just zur selben Zeit, da tausende Breslauer Proletarierfrauen ihre Kinder in den zerlumpten Bettlacken hungrig zur Ruhe legen!

Radrennbahn in Gräneiche. Mit der Meisterschaft von Preußen über 100 km beginnt auf unserer Rennbahn die Hochsaison für Dauerrennen. Aller Voraussicht nach wird die Belegung der deutschen Meisterschaft in Hannover kaum so gut sein, als wie die Preußen-Meisterschaft am Sonntag, den 13. 6 in Grüneiche. Der Verteidiger dieser Meisterschaft Jean Roisellen ist zur Zeit derartig in Form und hat sich auch bei seinem letzten hiesigen Start auf unserer Bahn so schnell wieder gefunden, daß er auch dieses Mal wieder wahrscheinlich an der Spitze zu sehen sein wird. Unserer Breslauer Thomas, der sich einige Wochen Ruhe gönnte, hat jetzt in Holland wieder gut gefahren und kommt verhältnismäßig gut ausgeruht an den Start. Bei seiner besonderen Bahnkenntnis wird er diesmal nichts unversucht lassen, seine letzte, hiesige Niederlage gegen Roisellen wieder gut zu machen und diesem die hintere Pedale zeigen. Der Frankfurter Weiß hat in diesem Sommer wieder viele und schöne Siege herausgefahren und bei seinem bekannten Eifergeiz und seiner großen Energie wird er auch nichts unversucht lassen, die Meisterschafts-Medaille an seine Brust heften zu können. Der junge im Felde, unser Oberschlesischer Landsmann Sawoll, hat schon in vielen Rennen gezeigt, daß er das Dauerfahrerrennen des vorigen Jahres behalten hat und wird auch am Sonntag allen Besuchern voraussichtlich wieder seine ganz vorzüglichen Leistungen zeigen. Alle 4 Mann zusammengenommen ist die Besetzung jedenfalls so, daß wir bei entsprechendem Wetter wieder mit neuen Bahnrekorden rechnen können. Auch im „Preis vom Zoo" wird es zwischen unseren hiesigen B-Fahrern zu interessanten Kämpfen kommen. Meyer ist durch fleißiges Training bemüht, seine bisherigen Fortschritte weiter zu verbessern und seinen letzten 2 Siegen einen weiteren einzureihen; aber auch Neumann und Rosenberger werden nichts unversucht lassen, ihre letzte Niederlage gegen den gut fortschreitenden Meyer wieder auszugleichen. Sie haben aber auch auf Kraftzeit zu achten,

[illegible] Sonntag, den 9. August [illegible] Arbeiter vor dem Einsatz der Bundesbahn [illegible] Meister Mirke, [illegible] zum Preise von 20 Mk. holen. [illegible] die Wurst essen wollte, bemerkte er, daß die Wurst übel [illegible] und auch die Haut zerrissen war. Als er nun die Wurst zu M. zurückbrachte, meinte dieser sowie auch seine Frau, daß die Wurst gut ist, gab jedoch dem Arbeiter das Geld zurück mit dem Bemerken: „Seit Ihr feinen Herren, in Friedenszeiten habt Ihr Fleischwurst gegessen und jetzt ist Euch diese Wurst zu schlecht!" Sein Sohn oder Gehilfe meinte so nebenbei: „Sie hätten ja in Kriegszeiten im Felde auch verdorbene Wurst gegessen". Als nun der Einholer zur nächsten Partie ahnungslos bei M. wieder einkaufen wollte, wies man ihm die Tür. Herr M. ist also scheinbar der Meinung, die Arbeiter könnten für ihr ja jetzt („so leicht") verdientes Geld auch einmal wie im Felde verdorbene Wurst essen. Wenn der Schlächtermeister Mirke den Arbeitern nur schlechte Wurst verkaufen will, dann muß einmal die Gesundheitspolizei ein wenig bei ihm nachsehen. — Wenn er aber den Arbeitern, die sich so etwas nicht bieten lassen, keine Waren mehr verkauft und sie obendrein schäbig behandelt, dann werden ja die Arbeiter, die ja sowieso den Kauf eines Stückchens Wurst als Freudenfest betrachten, noch mehr Einkaufsläden in Breslau finden.

Ein Bauarbeiter.

Geibsdorf.

Einweihung des Krieg erdenkmals. Am Sonntag, den 6 August, fand in Geibsdorf die Kriegerdenkmals-Einweihung statt. Die bürgerlichen Vereine waren sämtlich vertreten. Die Geibsdorfer Arbeiter waren sich aber darüber klar, daß sie mit derartigen Festen nichts gemein haben. Sehr vereinzelt tauchte hier und da ein Arbeiter im Zuge auf. Die Geibsdorfer Feuerwehr bildete Spalier. Die Feier selbst eröffnete Lehrer Drupke, mit einer kurzen Ansprache. Durch seine Ausführungen ist manche bereits geheilte Wunde von neuem aufgerissen worden. Drupke sagte unter anderem: „Und sollten unblutige Farbenhände an dem Denkstein sich zu vergreifen bereit finden, so wird man mir denen noch tun, die ein besonderes Interesse daran haben." Das sollte ein Seitenhieb sein, doch ging er daneben. Die Arbeiterschaft hat wenig Interesse an dem Denkstein für den Massenmord. Nicht gegen jene richtet sich ihr Kampf, deren Namen in Granit gehauen ist. Das sind meist selbst Proletarier, die ihr Leben für den profitlichen Kapitalismus opferten. Der Kampf des Proletariats richtet sich gegen jene, die von einem Neuanbetrieg reden, um von neuem Menschen in Masse auf die Schlachtbank zu treiben.

Zwei Proleze wurden in echt deutscher Art vorgetragen. Die eigentliche Weihrede hielt der Pastor des Ortes. In frischen Worten und im Anblick zu Christi gedachte er der Toten. Er meinte, keine Parteirichtung solle man dafür verantwortlich machen, sondern wir alle seien Schuld daran! Also auch die Arbeiterklasse hat nach Ansicht des Pastors Schuld am imperialistischen Krieg. Meint er, sie hätte 1914 die verräterischen Führer zum Teufel jagen und den Krieg verhindern sollen? Wie aber vereinbart sich das mit den Predigten welche die Massen 1914 für die „Vaterlandsverteidigung" hielten? Ferner sagte er, die

[illegible]

Kommunistische Jugend. Heute Abend 7½ Uhr findet in der Minoritenschule, Minoritenhof, unsere Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

½ Noch ist es Zeit, jede Art von Heizungsanlagen, Oefen, Kessel, Koch[illegible] und [illegible] mit dem Winter instandsetzen zu lassen. [illegible] werden sehr fachmännisch, sauberst und billigst [illegible] vor dem Beginn der [illegible]

[illegible]

Gebt für die „Rote Hilfe".

[illegible] Kreise und Kriegsbeschädigten [illegible] Ehrenpreise [illegible] Sieger des Rennens [illegible] Wurst [illegible] Ehrenpreis [illegible] Wurst [illegible] Ehrenpreis [illegible] Wurst [illegible] Ehrenpreis